

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/160

25. August 1975

Panne in der Panikmache der CDU/CSU

Völlig differenzierende Aussagen zur Jugendarbeits-
losigkeit

Von Lothar Schwartz
Pressesprecher des SPD-Vorstandes

Seite 1 / 34 Zeilen

Der Rechtsstaat muß geschützt werden

Feststellungen zum BM-Prozeß in Stuttgart-Stammheim

Von Dr. Willfried Penner MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Bundestags-Sonderausschuß
für Strafrechtsreform

Seite 2 und 3 / 43 Zeilen

Trennungsestrich zur Chile-Junta

Sozialisten fordern Schließung des EG-Verbindungsbüros
in Santiago

Von Ludwig Fellermaier MdB
Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen
Parlament und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes im
Bundestag

Seite 4 und 5 / 78 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Presseküche 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 02 28 648 - 48 ppsnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 6611

Panne in der Panikmache der CDU/CSU

Völlig differierende Aussagen zur Jugendarbeitslosigkeit

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Die Probleme auf unserem Arbeitsmarkt sind bekannt. Niemand in der Bundesregierung oder in den sie tragenden beiden Parteien will sie verniedlichen. Vielmehr sind sie ständiger Gegenstand energischer Bemühungen von Kabinett und Koalition, um sie zu entschärfen und praktisch zu bewältigen. Die Opposition spielt hingegen auch auf diesem schwierigen Feld den Part der Panikmache, den ihr der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß als vermeintliches "Erfolgsrezept" für die Rückkehr an die Regierungsmacht in Bonn verordnet hat. In die nahezu täglich geäußerte Besorgnis aus den Reihen der CDU/CSU über die Arbeitslosenstatistik mischen sich immer wieder enthüllende Töne der Schadenfreude und Genugtuung, daß ihrer Agitation bisher die Reizzahl von einer Million erhalten geblieben ist.

Als besonders ergiebig und erfolgversprechend für ihre Krisenstrategie gilt der Opposition das Reizthema der Jugendarbeitslosigkeit. Es wurde und wird ständig angeschlagen und mit sich steigenden dramatischen Akzenten versehen. Bei dieser Panikmache hat es jetzt eine peinliche Panne gegeben, die in der Öffentlichkeit noch weithin unbemerkt geblieben ist bzw. nicht registriert worden zu sein scheint. Der "Bildungspolitische Sprecher" der CDU/CSU-Bundestagesfraktion, Anton Pfeifer MdB, sprach dieser Tage unter Bezugnahme auf Angaben der Bundesanstalt für Arbeit von einer "besorgniserregenden" Differenz zwischen dem vorhandenen Angebot an Berufsausbildungsstellen und der Zahl der jugendlichen Bewerber und prognostizierte eine drastische Verschärfung der Jugendarbeitslosigkeit. Am gleichen Tage äußerte sich Pfeifers Parteifreund, der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, zum selben Thema. Darüber verbreitete die Deutsche Presse-Agentur unter der Überschrift "Lehrstellen für fast alle" die folgende Meldung: "Die Zahl der Jugendlichen, die bisher keine Lehrstelle gefunden haben, wird nach Ansicht des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, Josef Stingl, bis Ende September stark zurückgehen. Im 'Deutschlandfunk' wies Stingl daraufhin, daß viele Jugendliche mehrere Ausbildungsplätze zugleich belegt hätten, um sich erst im September für einen bestimmten Platz zu entscheiden. Dann würden zu den zur Zeit noch offenen Stellen voraussichtlich noch viele hinzukommen. Er rechne damit, daß dann fast alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz finden könnten."

An diesem Beispiel wird einmal mehr deutlich, mit welcher Leichtfertigkeit und zugleich bedenkenloser Zielstrebigkeit von der CDU/CSU mit Zahlen und Zusammenhängen umgegangen wird, um ein Klima der Existenz- und Zukunftsangst in unserem Lande zu erzeugen. (-/25.8.1975/ks/ee/sab)

+ + +

Der Rechtsstaat muß geschützt werden

Feststellungen zum BM-Prozeß in Stuttgart-Stammheim

Von Dr. Willfried Penner MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestags-Sonderausschuß für Strafrechtsreform

Der bisherige Verlauf des Beader-Meinhof-Strafprozesses in Stuttgart-Stammheim muß dem sachkundigen Beobachter, aber auch dem Mann auf der Straße als Ärgernis erscheinen. Nach den ersten drei Monaten des Prozesses hatte es gerade zur Beendigung des ersten Teilstücks der Hauptverhandlung gereicht. Hierbei hat der Vorsitzende festzustellen, ob "der Angeklagte und der Verteidiger anwesend und die Beweismittel herbeigeschafft, insbesondere die geladenen Zeugen und Sachverständigen erschienen sind". In jedem anderen Prozeß - auch in umfangreichen Schwurgerichts- oder Wirtschaftsstrafsachen - ein routinemäßiger Vorgang, der meist sehr zügig behandelt wird, nie aber Verhandlungstage oder gar -wochen in Anspruch nimmt. Und dies auch aus gutem Grund: Dieses Verfahrensstück soll lediglich den Überblick darüber ermöglichen, ob die Hauptverhandlung mit Beweisaufnahme überhaupt durchgeführt werden kann. Dann fehlt beispielsweise ein Zeuge, Sachverständiger oder sonst für die Hauptverhandlung erforderliches Beweismittel, muß der Prozeß vertagt werden und an einem anderen Termin erneut beginnen.

Die Verteidigung in Stammheim hat der Öffentlichkeit deutlich gemacht, daß auch "der Aufruf der Sache" gleichsam zur Farce werden kann. Für den kundigen Beobachter ist das Ergebnis nicht verwunderlich. Die Strafprozeßordnung stellt sicher, daß Schuld oder Unschuld eines Bürgers auf streng rechtsstaatliche Weise festgestellt werden. Das Verfahrensrecht geht also auch beim Rechtsbrecher davon aus, daß er die durch die

Strafprozeßordnung vorgeschriebenen Wege zur Wahrheitsfindung akzeptiert. Mit Recht, wie eine Unzahl von Strafprozessen beweist. Werden allerdings auch diese Voraussetzungen verneint oder in Frage gestellt, kann das geltende Verfahrensrecht nicht mehr den zügigen Ablauf eines Strafverfahrens gewährleisten. Ja, der Prozeßverlauf wird auch für den Sachkenner immer undurchsichtiger und verschwommener, das Ziel der Wahrheitsfindung immer weniger erkennbar. Über den Einzelfall hinaus kann bei besonders spektakulären Strafprozessen die Verfahrensordnung selbst, ja das ganze System fragwürdig wirken und damit unter bestimmten Umständen die rechtsstaatliche Ordnung überhaupt erschüttert werden. Für einen halbwegs geschickten Verteidiger ist es gar nicht schwer, dies sinnfällig und möglich zu machen. Bei einverständlichem Zusammenwirken einer Vielzahl von Anwälten würde das zwangsläufig zum Stillstand der Rechtspflege führen. Glücklicherweise kann davon nicht die Rede sein.

Aber auch in einer genauer interessierten Öffentlichkeit scheint der Blick für die Folgen auf Stammheim in rechtapolitischer Sicht nicht ausreichend geschärft zu sein. Der freiheitliche Rechtsstaat läuft meistens dann Gefahr eingeengt zu werden, wenn seine Garanten sich nicht insgesamt schützend vor ihn stellen. Das kann sich nicht in immer weitergehenden Forderungen an den Gesetzgeber erschöpfen. Die Anwälte - Organ der Rechtspflege - sind aufgerufen, daß Ihre zu tun und ihren Berufsstand frei von Rechtsfremdheit oder gar -feindschaft zu halten.

(-25.8.1975/ka/e/sab)

+ + +

Trennungsgestrich zur Chile-Junta

Sozialisten fordern Schließung des EG-Verbindungsbüros in Santiago

Von Ludwig Fellermaier MdB

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen
Parlament und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes im Bundestag

Ausländische Regierungen und internationale Organisationen haben das diktatorische Militärregime in Chile politisch verurteilt. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen, die Organisation Amerikanischer Staaten, Amnesty International und der Internationale Juristenausschuß nahmen eindeutig Stellung gegen die gewaltsame Unterdrückung des ältesten demokratischen Rechtsstaates in Lateinamerika. Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft bis auf Dänemark und Irland haben einen praktischen Beweis ihrer Sympathie für chilenische politische Gefangene geliefert, als sie die Aufnahme von 1.000 Häftlingen aus ihren Reihen zusagten, um ihnen den Start in ein neues Leben zu ermöglichen.

Die EG-Kommission aber sieht offenbar nicht ein, daß die Beibehaltung des Sitzes in Santiago de Chile für ihr südamerikanisches Büro dort den Eindruck erweckt, als ob die Europäische Gemeinschaft ein Regime unterstützt, das fast von der ganzen Welt als totalitär verurteilt wird. Die Kommission geht sogar noch weiter; in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage erklärte sie, "die Voraussetzungen, die seinerzeit die Wahl des Sitzes des lateinamerikanischen Büros der EG rechtfertigten, haben sich nicht geändert". Zur Begründung schiebt sie vor, daß die lateinamerikanische Wirtschaftskommission in Santiago geblieben sei, die UNO ihre Behörden nicht abgerufen habe und keine lateinamerikanische Regierung den Abzug des lateinamerikanischen Eisen- und Stahl-Instituts verlangt hätte.

Dies kann jedoch nicht als annehmbare Begründung durchgehen. Überall in der Welt wird die Europäische Gemeinschaft als ein supranationaler Staatenverband mit wachsendem politischen Eigengewicht verstanden, für den Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie nicht nur innere Ordnungsprinzipien, sondern politisch wirksamer Maßstab in seinem Verhältnis zu dritten Staaten sind; diese besondere Qualität der Außenbeziehungen der Gemeinschaft aufzugeben, verstieße gegen das in sie gesetzte Vertrauen. Zwar hat General Pinochet vor geraumer Zeit einige ehemalige Minister des Präsidenten Allende freigelassen und eine Liste mit Namen von etwa 200 politischen Gefangenen veröffentlicht, die das Land verlassen dürften. Verhaftungen, willkürliche Gefangennahmen und Gewalt aber sind in Chile weiterhin an der Tagesordnung. Systematische Hausdurchsuchungen ganzer Stadtbezirke sind häufig. Politisch Verdächtige und aktive Gewerkschaftler werden in Gefängnisse und Konzentrationslager gebracht. Amnesty International hat eine

Liste mit 1.000 Namen von Chilenen aufgestellt, deren Angehörige seit zwei Jahren nicht wissen, ob diese tot oder eingekerkert sind. Die Botenchafter der Junta in Europa verweigerten die Annahme eines solchen Dokuments.

Die Gemeinschaft hat ihre internationale Ablehnung von Diktaturen dem griechischen Obristenregime gegenüber erfolgreich durchgehalten. Sie sollte ihre Folgerichtigkeit nun nicht ohne Not auf's Spiel setzen. Diese Folgerichtigkeit befindet sich keineswegs in dem gern zitierten "Widerspruch zur Realpolitik". Die Militärdiktatur Chiles nämlich hat abgewirtschaftet. Interne politische Maßnahmen beeinträchtigen die Aussichten der Militärs auf wirtschaftliche Erfolge. Auch internationale Organe und ausländische Banken oder Gesellschaften weigern sich ständig, in Chile zu investieren. Nur wenig ausländisches Kapital ist seit dem Militärputsch im September 1973 in das Land eingeführt worden. Obwohl der Internationale Währungsfonds den Militärs von April 1974 bis April 1975 Sonderziehungsrechte von 120 Millionen Dollar und die USA seit dem Putsch Anleihen und finanzielle Hilfen in Höhe von rund 238 Millionen Dollar bereitstellten, stieg die Inflationsrate im Jahre 1974 auf 380 vH, und die Arbeitslosigkeit überschritt zehn vH. Von den 700 Millionen Dollar, die Chile insgesamt im Jahre 1974 an Darlehen erhalten hat, sind mehr als die Hälfte für die Enteignungs-Entschädigung an ausländische Firmen und für Waffenkäufe ausgegeben worden. Der Club von Paris hat es zweimal abgelehnt, die Aufstellung eines neuen Plans für die Tilgung der enormen Auslandsschulden Chiles zu erwägen. Daraufhin hat die Weltbank im April 1975 die Gewährung eines für Chile vorgesehenen Darlehens ausgesetzt.

Die Europäische Gemeinschaft muß zwischen sich und einer Junta, die Freiheit und Menschenrechte zerstört, einen Trennungsstrich ziehen. Dies kann symbolisch dadurch geschehen, daß die EG-Kommission das Verbindungsbüro, diese diplomatische Mission der Gemeinschaften mit Sitz in Santiago de Chile, in ein anderes lateinamerikanisches Land verlegt; zu denken wäre etwa an Venezuela, welches überdies als OPEC-Land enge wirtschaftliche Beziehungen zur Gemeinschaft unterhält. Dies kann im Zusammenhang mit dem EG-Haushalt 1976 erörtert werden, weil ja auch die Mittel für diese Mission der Europäischen Gemeinschaft bewilligt werden müssen. Bei dieser Gelegenheit wird die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament die Streichung der Mittel für das Verbindungsbüro in Santiago und die Verlegung des Sitzes in einen anderen südamerikanischen Staat beantragen. (-/25.8.1975/bgy/e/mh)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert